SiQua

Sicherheitsanalysen und -vernetzung
für Stadtquartiere im Wandel

Quartiersbericht
Friedrichshain-Süd

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

IMPRESSUM

Auflage: 200 Stück
Juni 2021
V. i. S. d. P.: Annette Berg

HERAUSGEBER

Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Berlin e. V.
Müllerstr. 74, 13349 Berlin
Vorstandsvorsitzende/Direktorin: Annette Berg

TEXT

Anna Mantel

REDAKTIONELLE BEARBEITUNG

Gabriele Bindel-Kögel, Anna Mantel, Jürgen Schendel

STIFTUNG SPI

Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

SiQua – Sicherheitsanalysen und -vernetzung
für Stadtquartiere im Wandel
Projektleiterin: Konstanze Fritsch
Frankfurter Allee 35 – 37, 10247 Berlin

030.49 30 01 10
030.49 30 01 12 fax

siqua@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de/projekte/siqua

GESTALTUNG

Seda Demiriz – Illustration & Grafikdesign
sedademiriz.com

COPYRIGHT

Die Stiftung SPI behält sich sämtliche Rechte auch an der Gestaltung und Struktur der Broschüre vor. Nachdruck sowie Vervielfältigungen sind nur mit Angabe der Quelle und vorheriger Informationen und Freigabe durch die Redaktion gestattet.
Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI

Inhalt

1. Das Quartier Boxhagener Platz 4

2. Objektive und subjektive Sicherheit im Quartier 5

3. Sicherheitsproduktion im Quartier 11

4. Handlungsempfehlungen 16

5. Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion 19

6. Literaturangaben 24

Diese Veröffentlichung ist entstanden im Rahmen des Verbundprojektes SiQua – Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel.

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Zuge des Rahmenprogramms Forschung für die zivile Sicherheit 2018–2023 der Bundesregierung.

GEFÖRDERT VOM

Liebe Leserinnen und Leser,

Ziel des Projekts SiQua (2018 – 2021) ist es, in erster Linie die Kompetenz von kommunalen Akteurinnen und Akteuren im Umgang mit Wandlungsprozessen in urbanen Räumen zu stärken. Mit Hilfe von vergleichenden Analysen, Fallstudien, Workshops und einer Befragung zu Sicherheitsbelangen werden kommunale Problemlagen in neun ausgewählten Stadtquartieren in Dresden, Essen und Berlin untersucht. Im Rahmen von SiQua wird durch die Analyse der Sicherheitsproduktion und -vernetzung in den jeweiligen Quartieren das Ziel verfolgt, Maßnahmen zu entwickeln, best practice Beispiele abzuleiten und verallgemeinerbare Bedingungsfaktoren einer gelingenden kommunalen Sicherheitsvernetzung zu formulieren.

Im Rahmen des SiQua-Projektes wurden mehrere Datenquellen genutzt, um zu einer Einschätzung der Sicherheitslage, des Sicherheitsempfindens und der Sicherheitsproduktion im Quartier zu gelangen:

– eine ortsbezogene Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS),

– eine repräsentative Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner anhand eines an 5000 Befragte versendeten Fragebogens pro Quartier,

– leitfadengesteuerte Interviews zur individuellen Einschätzung der Sicherheitslage und zum subjektiven Sicherheitsempfinden sowie Interviews mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren, die einen Beitrag zur Sicherheitsproduktion im Stadtquartier leisten.

Der Vergleich der im Rahmen des SiQua-Projektes ausgewählten Stadträume in Essen, Dresden und Berlin ermöglicht die Entwicklung übertragbarer Konzepte auf ähnlich strukturierte Stadträume in anderen Großstädten.

1 Das Quartier Boxhagener Platz

Friedrichshain Süd ist bekannt als Szene-, Party- und Kneipenviertel, wo sich neben zahlreichen Bars, Restaurants und anderen gastronomischen Einrichtungen auch das Gelände des ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerks (RAW) befindet, das als Symbol für die Berliner Subkultur gilt und bekannt für sein buntes Nachtleben ist. Zugleich ist das daran angrenzende Quartier rund um den Boxhagener Platz ein beliebtes Wohnviertel und eines der am dichtesten besiedelten Stadtgebiete Europas, geprägt durch verdichtete Blockrandbebauung aus der Gründerzeit. Es handelt sich heute um ein sehr junges Quartier und die durchschnittliche sozioökonomische Situation der etwa 21.625 Einwohner:innen (Stand 31.12.2019) kann insgesamt als gut beschrieben werden. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund entspricht mit etwa 34 % dem Berliner Durchschnitt, wovon ein überdurchschnittlich hoher Anteil (54 %) aus den EU-Staaten stammt. Im Hinblick auf die Altersstruktur ist zu bemerken, dass der Anteil der 25- bis 40-Jährigen sowie die Geburtenrate verglichen mit dem Berliner Durchschnitt besonders hoch sind, der Anteil der über 65-Jährigen hingegen auffallend niedrig (3,53 % im Planungsraum Boxhagener Platz vs. 19 % in Berlin). Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass der Wanderungssaldo im Untersuchungsgebiet sehr hoch ist. Lediglich 47 %

Abbildung 1: Boxhagener Platz. Quelle: SiQua

der Einwohner:innen wohnen seit mindestens 5 Jahren an derselben Adresse[1].

Im Hinblick auf die Infrastruktur lässt sich eine unzureichende Versorgung mit öffentlichen Grünflächen und Spielplätzen feststellen. Der Boxhagener Platz und der Annemirl-Bauer-Platz sind die einzigen größeren Grünflächen im Gebiet und zugleich Spielplatz, Grünfläche und Aufenthaltsort für verschiedenste Gruppen.

Das ehemalige Arbeiterviertel Friedrichshain Süd hat sich seit den 1990er Jahren stark gewandelt: Insbesondere die Verdrängung einkommensärmerer sozialer Schichten im Zuge steigender Mieten und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen sowie die Entziehung von Wohnraum durch touristische Nutzungen stellen das Gebiet vor Herausforderungen. Vor dem Hintergrund, dass das Untersuchungsgebiet einerseits Wohnquartier und zugleich Party- und Kneipenviertel ist, ergeben sich spezifische Problem- und Konfliktlagen, die im Hinblick auf subjektive und objektive Sicherheit von Relevanz sind und nachfolgend dargestellt werden sollen.

[1] Quelle: Amt für Statistik Berlin Brandenburg; Bezirksamt Friedrichshain Kreuzberg, Sozialraumorientierte Planungskoordination

2 Objektive und subjektive Sicherheit im Quartier

Im Rahmen des SiQua-Projekts wurde eine kleinräumige **Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik** (PKS) vorgenommen. Es zeigt sich, dass in Berlin relativ zur Einwohnerzahl deutlich mehr Taten begangen werden als im Bundesdurchschnitt. Die Häufigkeitszahlen in Friedrichshain Süd liegen dabei über dem Berliner Durchschnitt.

Die objektive Sicherheitslage in Friedrichshain Süd ist charakterisiert durch überdurchschnittlich viele Delikte in den Bereichen Körperverletzung, Diebstahl und einer besonders hohen Anzahl an Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Die Zahlen stiegen insbesondere zwischen 2012 und 2015 stark an, seitdem sind sie wie vielerorts auch in Friedrichshain Süd leicht rückläufig. Die Registrierung von Kriminalität ist allerdings in hohem Maße vom Kontroll- und Anzeigeverhalten abhängig. Die Region „Warschauer Straße“ gilt aufgrund dieses hohen Aufkommens von Straftaten als ein „kriminalitätsbelasteter Ort“ (kbO). Mit der Einstufung eines Bereichs als kbO erweitern sich die Eingriffsbefugnisse der Polizei. Es kann dort beispielsweise verdachtsunabhängig eine Kontrolle der Ausweispapiere durchgeführt oder die Durchsuchung von Personen und Sachen vorgenommen werden. Dadurch soll der hohen Kriminalitätsbelastung entgegengewirkt werden. Belina und Wehrheim (2011: 225) weisen indes darauf hin, dass sich die ‚Gefährlichkeit‘ von Orten nicht nur durch die Kontrollen bestätigt, sondern dass durch Erhellung des Dunkelfelds ansteigende Belastungsziffern wiederum die Ausweisung von Gefahrengebieten legitimierten. Dies gilt in besonderem Maße für Kontrolldelikte wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (Ullrich/Tullney 2012).

Die Kriminalität in Friedrichshain Süd steht sehr stark in Verbindung mit dem Partytourimus vor Ort, wie eine von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt in Auftrag gegebene Studie, die sich vertieft mit Gewalt und Kriminalitätsprävention in dem Ausgehviertel rund um das RAW-Gelände beschäftigt, zeigt (Becker 2019). Das Quartier hat sich zu einem Hotspot des Drogenhandels etabliert. Das Ausmaß der diesbezüglich registrierten Kriminalität war in den Jahren 2014/15 besonders hoch, was neben verstärkten Kontrolltätigkeiten im Quartier selbst, auch durch Verdrängungseffekte anderenorts, z. B. durch Kontrolltätigkeiten am Görlitzer Park bedingt sein kann. Nach Einschätzung der Polizei liegt der Schwerpunkt in Bezug auf Kriminalität und Gewalt rund um das RAW-Gelände, während das Wohnquartier Boxhagener Platz nicht (mehr) als Hotspot wahrgenommen wird. Präventionsmaßnahmen dort betreffen Fahrraddiebstähle und Einbruchssicherung, ansonsten konzentriert sich sowohl die Präventionsarbeit als auch die Kontrolltätigkeit der Polizei verstärkt auf das RAW-Gelände und die Warschauer Brücke, wo insbesondere Touristinnen und Touristen auf die Gefahren von Taschendiebstählen und Hütchenspiel aufmerksam gemacht werden. Häufig sind sie es und nicht Anwohnende, die Opfer von Delikten im Ausgehviertel werden. Tourismus, Kriminali-

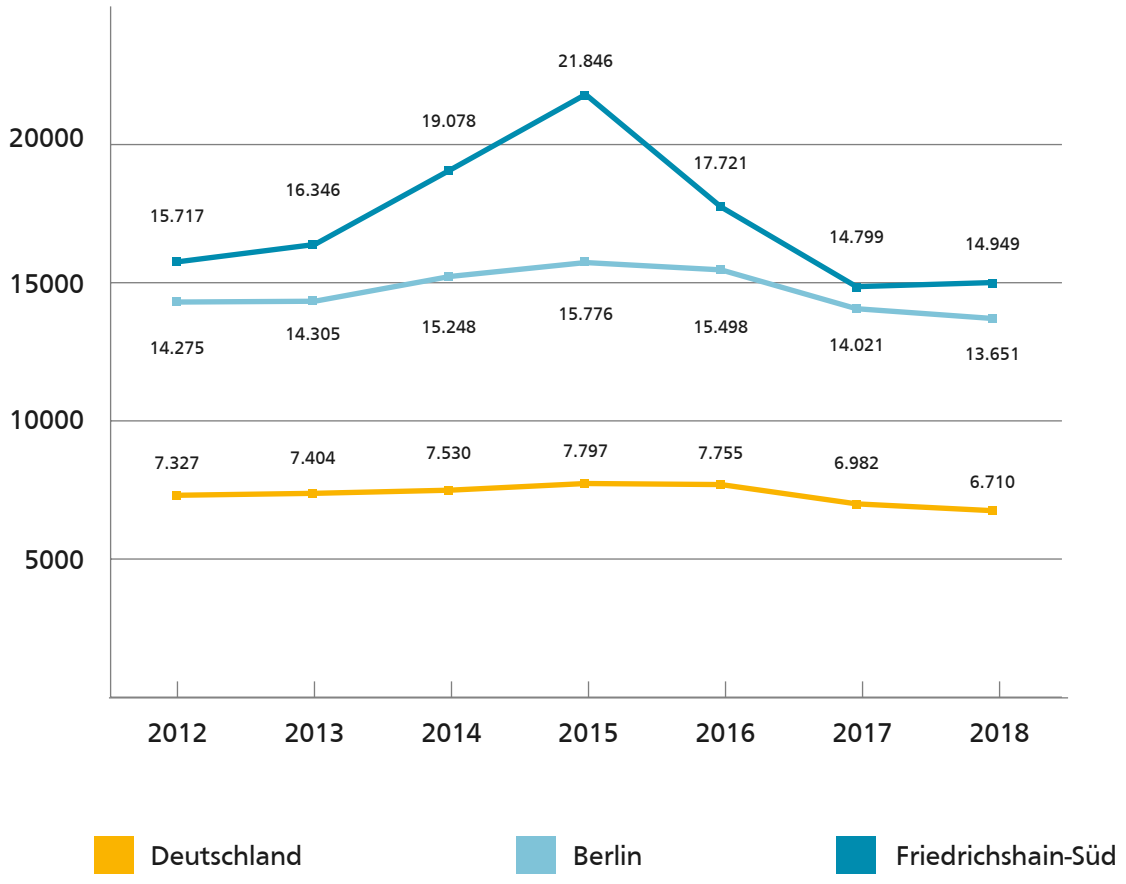

Abbildung 2: Entwicklung der Häufigkeitszahlen von 2012 bis 2018 (= Taten pro 100.000 Einwohner:innen), Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik/SiQua

tät und Drogenhandel stehen an diesem Ort in einem engen Wechselverhältnis.

Ergänzend zur Auswertung der PKS-Daten wurde im Zuge des SiQua-Projekts eine repräsentative schriftliche Befragung zu Sicherheit und Sicherheitsempfinden in Friedrichshain Süd durchgeführt. Zusätzlich wurden qualitative Interviews sowohl mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers als auch mit lokalen Akteurinnen und Akteuren durchgeführt. Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit der Verbundpartner:innen entwickelt und die Ergebnisse wurden durch die DHPol und die TU Dresden ausgewertet. Angeschrieben wurden 5.000 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Personen im Alter von 17 – 85 Jahren. Etwa 7 % der Briefe konnte nicht zugestellt werden. Die Befragten antworteten überwiegend postalisch und mit einem deutschen Fragebogen. Eine Online-Teilnahme und die Nutzung englischer, türkischer, russischer und arabischer Fragebögen waren möglich. In die Auswertung gingen 1.123 Fragebögen ein, was einer Rücklaufquote von ca. 24 % entspricht.

Im Dunkelfeld zeigen sich dabei nochmals deutlich höhere Kriminalitätsbelastungen als im Hellfeld. Die Auswertung der Fragebögen ergab vergleichsweise hohe Werte bei Straftaten, deren Opfer die Befragten in den letzten 12 Monaten vor der Befragung geworden waren. Die Hälfte der Befragten (50 %) gab an, im letzten Jahr Opfer mindestens einer der abgefragten Taten (ohne Verkehrsunfälle) gewesen zu sein. Rund jede:r fünfte Befragte

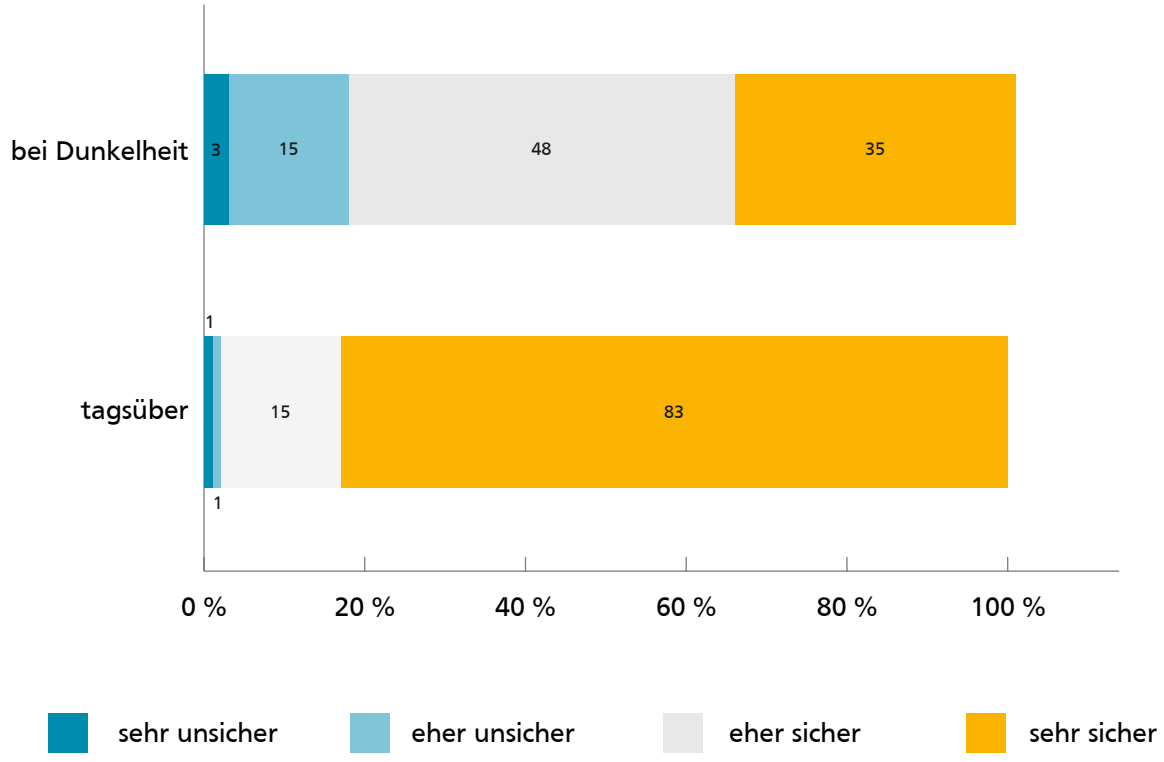

Abbildung 4: Sicherheitsempfinden nach Tageszeit, Quelle: SiQua

war Opfer einer Sachbeschädigung geworden und bemerkenswert hoch ist auch die Anzahl berichteter Fahrraddiebstähle und sonstiger Diebstähle. Insgesamt ergeben sich nach demographischen Merkmalen keine signifikanten Unterschiede. Das Berichtsverhalten ist in Bezug auf Viktimisierungserfahrungen mit wenigen Ausnahmen recht einheitlich.

Zugleich und kontrastierend zu diesem Lagebild zeigt sich jedoch, das sich das Sicherheitsempfinden im Wohnquartier insgesamt auf bemerkenswert hohem Niveau bewegt. Die Kriminalitätsfurcht ist für einen großstädtischen Kontext sehr niedrig. Tagsüber fühlen sich 98 % der Befragten, bei Dunkelheit 83 % der Befragten sehr sicher oder eher sicher.

Es zeigen sich die aus der Literatur bekannten Geschlechts- und Altersunterschiede, d.h. Frauen und ältere Menschen fühlen sich tendenziell etwas unsicherer. Das vergleichsweise hohe Sicherheitsgefühl spiegelt sich nicht nur in den Ergebnissen der Befragung wider, sondern zeigt sich auch in den ergänzend zur Befragung durchgeführten qualitativen Interviews. Insgesamt ist das Thema Kriminalitätsfurcht in den Interviews auffällig abwesend. Viele Personen schildern zwar eigene oder beobachtete Erfahrungen mit Delikten wie beispielsweise (Fahrrad-) Diebstähle oder Einbrüche, beschreiben diese jedoch weder als ein ortsspezifisches Problem noch als besonders bedrohlich. Dies verdeutlicht, dass die Alltagswelt der Bewohner:innen jenseits und trotz bestimmter „Hotspots“ durch ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl geprägt ist. Insgesamt wird die Nachbarschaft als relativ sicher wahrgenommen. Fast alle Menschen in Friedrichshain Süd leben gerne in Berlin (95 %) und die Zufriedenheit mit dem eigenen Wohngebiet liegt im positiven Bereich (7,2 auf einer Skala von 0 – 10).

Auch wenn die Furchtwerte niedrig sind, zeigen viele Befragte Schutz- und Vermeideverhalten, welches einen Hinweis auf durchaus vorhandene Unsicherheitsgefühle darstellt bzw. als Strategie um sich sicherer zu fühlen interpretiert werden kann. Die mit Abstand am häufigsten genannte Schutz- und Vermeidestrategie ist das Meiden bestimmter Straßen und Plätze bei Dunkelheit. Dies nennen 47 % der weiblichen und 32 % der männlichen Befragten als eine Strategie um sich sicherer zu fühlen. Auch die Sicherung der Wohnung bzw. des Hauses oder das Vermeiden von Fußwegen bei Dunkelheit nehmen einen vergleichsweise hohen Stellenwert ein.

Das Phänomen des Meidens bestimmter Straßen und Plätze bei Dunkelheit zeigt sich auch in den qualitativen Interviews. Viele Bewohner:innen berichten, dass Sie insbesondere die touristisch sehr stark frequentierten Bereiche am Wochenende oder abends eher meiden. Menschenmassen, insbesondere die Präsenz betrunkener oder unter dem Einfluss von Drogen stehender Gruppen sowie deren Verhaltensweisen (das Werfen von Flaschen, Urinieren im öffentlichen Raum, sexuelle Belästigung) werden dabei als besonders unangenehm empfunden. Die Probleme beziehen sich vor allem auf das Gebiet rund um das RAW-Gelände, die Warschauer Brücke und Revaler Straße sowie die Simon-Dach-Straße. Auch der Boxhagener Platz und der Annemirl-Bauer-Platz werden in diesem Zusammenhang genannt. Insbesondere beobachtete und gedeutete Verhaltensweisen anderer Menschen lösen Unsicherheiten aus. Häufig sind dies alkoholisierte oder Drogen konsumierende Personen/Gruppen, verwahrlost aussehende Personen, Obdachlose oder psychisch beeinträchtigte Menschen im öffentlichen Raum. Bewohner:innen berichten in diesem Zusammenhang von Meidungsverhalten – weniger aus Kriminalitätsfurcht, sondern aufgrund

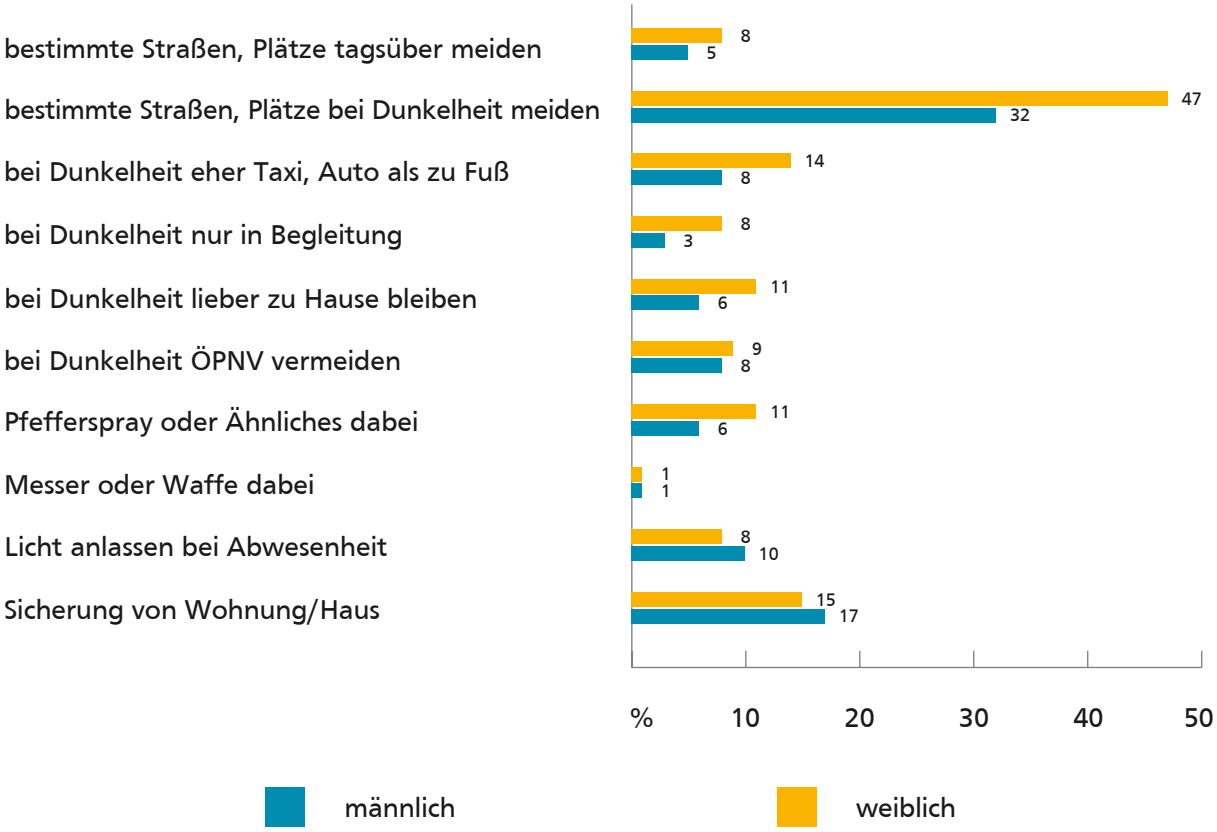

Abbildung 4: Schutz- und Vermeideverhalten. Die dargestellten Werte sind Prozentangaben. Quelle: SiQua

der wahrgenommenen Incivilities und latenten Unwohlseins oder von Unsicherheitsgefühlen. Diese Begegnungen werden nicht objektiv wahrgenommen, sondern gedeutet und eingeordnet. Die Ergebnisse aus den Interviews lassen den Schluss zu, dass das Sicherheitsgefühl insbesondere dann beeinträchtigt wird, wenn die Begegnungen und Situationen schwer einzuschätzen sind und diese unklare Situationsdeutung Gefühle von Unsicherheit hervorruft. Viele Bewohner:innen führen allerdings auch an, dass sie die touristisch sehr stark frequentierten Bereiche am Wochenende oder abends eher meiden, weil sie diese als zu voll empfinden und kontrastieren dies mit einer vormals als positiv empfundenen Atmosphäre, die sich zum Negativen verändert habe. Dies kann auf Kriminalitätsfurcht hinweisen, kann aber auch als eine Form von „kultureller Verdrängung" (Beran/Nuissl 2019) im Zuge von Wandlungsprozessen in Stadtquartieren interpretiert werden.

Was die Ergebnisse verdeutlichen ist, dass jenseits von skandalisierender Berichterstattung und der Definition eines kriminalitätsbelasteten Ortes eine Vielzahl von alltagsrelevanten und alternativen Deutungen besteht, welche das Quartier als einen relativ sicheren, wenn auch von Incivilities und vielfältigen Nutzungskonflikten geprägten Raum erkennen lassen, die wiederum durchaus Auswirkungen auf die Sicherheit und Lebensqualität der Bewohner:innen und Nutzer:innen haben. Die von der Bevölkerung und lokalen Akteurinnen und

Akteuren geäußerten Bedarfe und Problemlagen sind nicht allein im Bereich der Kriminalprävention angesiedelt, sondern vielmehr in folgenden zentralen Handlungsfeldern, die ebenfalls für die Sicherheit im Quartier von Bedeutung sind und welche die Bedeutung von Sicherheitsproduktion als Gemeinschaftsaufgabe unterstreichen:

Abbildung 5: Facetten der Sicherheitsproduktion im Quartier.
Quelle: SiQua

3 Sicherheitsproduktion im Quartier

Eine Analyse der Sicherheitsproduktion kann nicht losgelöst von dem diskursiven Rahmen stattfinden, innerhalb dessen sich sowohl Problemwahrnehmungen als auch Handlungsoptionen manifestieren. Dieser wird unter anderem durch **mediale Berichterstattung** geprägt. Das Gebiet rund um das RAW-Gelände und die Revaler Straße rückten nach einem Überfall auf eine bekannte Sängerin und ihren Begleiter bereits im Jahr 2015 in den Mittelpunkt medialen Interesses. Ihre spätere Facebook-Warnung wurde 43.000 Mal geteilt und in der Presse vielfach aufgegriffen"[2]. Weit über Berlin hinaus ist die Gegend, geprägt durch mediale Berichterstattung, als ‚gefährlicher Ort' bekannt. Dies gilt insbesondere für die Warschauer Brücke[3] sowie das RAW-Gelände und die Revaler Straße. Die Berliner Lokalpresse berichtete mit Bezug auf die 2017 veröffentlichte Liste der kbO mehrfach ausführlich über „Berlins gefährlichste Orte" und in diesem Zusammenhang ebenfalls über die Warschauer Brücke. Die direkten Auswirkungen medialer Berichterstattung auf die Kriminalitätsfurcht konnten in bisherigen Forschungsarbeiten nicht eindeutig belegt werden, eine „Verstärkerfunktion" von Medien ist möglich (Reuband 1998, Bornewasser/Köhn 2012). Es wird angenommen, dass Medien das subjektive Sicherheitsempfinden auf verschiedene Weise beeinflussen können, beispielsweise, indem durch eine verzerrte Berichterstattung über das Auftreten von Gewaltdelikten die Kriminalität in diesem Bereich deutlich höher scheint als sie tatsächlich ist. Auch die Art der Berichterstattung kann das subjektive Sicherheitsempfinden beeinflussen, indem sie beispielsweise Empathie mit dem Opfer hervorruft und dadurch eine sekundäre Viktimisierung stattfindet. Die Berichterstattung über ‚gefährliche Orte' erfolgt insbesondere durch die Boulevardpresse auf eine Art und Weise, welche „die komplexen sozialen Zusammenhänge gelegentlich zu Horrorszenarien, nicht selten vermischt mit rassistischen und klassistischen Untertönen (vereinfacht)" (Ullrich/Tullney 2012).

Die „klassischen" Akteurinnen und Akteure der Sicherheitsproduktion, insbesondere die Polizei aber auch das Ordnungsamt konzentrieren ihre Aktivitäten auf eben diese sehr stark vom Tourismus geprägten Orte im Quartier, insbesondere die Revaler Straße, die Warschauer Brücke und die Simon-Dach-Straße. Die Hotspots werden kleinräumig betrachtet und bearbeitet, demgegenüber wird das Wohnquartier Boxhagener Platz insgesamt nicht als problematisch wahrgenommen. Neben dort stattfindenden Präventionsmaßnahmen wie z. B. Fahrradkennzeichnung, Beratung zur Einbruchssicherung sowie der Präventionsarbeit an Schulen und Kitas konzentrieren sich viele der Präventionsmaßnahmen ebenso wie die Kontrolltätigkeiten verstärkt auf das RAW-Gelände und die Warschauer Brücke, wo insbesondere Touristinnen und

---

[2] https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/schock-bericht-ueber-berliner-partymeile-dealer-sind-erst-14-jahre-alt-61359174.bild.html, https://www.bild.de/regional/berlin/jennifer-rostock/kumpel-brutale-messerattacke-mitten-in-berlin-42223490.bild.html, https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/kumpel-von-jennifer-rostock-saengerin-brutal-ueberfallen, https://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/raw-gelaende-in-berlin-friedrichshain-jennifer-rostock-saengerin-berichtet-von-messerattacke-durch-taschendiebe/12200880.html, https://www.berliner-woche.de/friedrichshain/c-blaulicht/rund-um-die-revaler-strasse-fuehlen-sich-partygaenger-nicht-mehr-sicher_a83134

[3] https://www.morgenpost.de/berlin/article210846209/An-diesen-Orten-muessen-Berliner-und-Touristen-aufpassen.html, https://www.morgenpost.de/berlin/article212268757/Warschauer-Bruecke-eine-Party-Meile-mit-Nervenkitzel.html

Touristen auf die Gefahren von Taschendiebstählen und Hütchenspiel aufmerksam gemacht werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Kriminalität im Quartier eng mit dem Tourismus verbunden ist.

Diese Einschätzung teilen die Bewohner:innen und viele weitere Akteurinnen und Akteure im Quartier, für die Gewalt und Kriminalität im Quartier nicht im Zentrum stehen. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht spielen in den Interviews eine sehr untergeordnete Rolle. Die im Zuge des SiQua-Projekts ermittelten Problemfelder und Handlungsbedarfe zeigen allerdings, wie sehr Fragen sozialer Sicherheit, der Verkehrssicherheit, des Zusammenlebens und des nachbarschaftlichen Zusammenhalts im Quartier sowie Fragen der Nutzung und des Zustandes öffentlicher Räume sich auf die Aufenthalts- und Lebensqualität der Bewohner:innen auswirken und durchaus Fragen nach der Sicherheit im Quartier aufwerfen. Es zeigt sich insbesondere, dass das Thema Sicherheit im Quartier Boxhagener Platz eng verbunden mit Fragen der Stadt- und Quartiersentwicklung ist.

Beide Ebenen, Stadtentwicklung einerseits sowie Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung andererseits, erscheinen auf den ersten Blick sowohl räumlich als auch thematisch voneinander getrennt, dabei stehen sie in einem engen Zusammenhang. Stadtentwicklungspolitische Gegebenheiten in Gesamtberlin trugen maßgeblich zur Entstehung eines Massen- und Partytourismus in Friedrichshain bei. Eine Verdrängung von Clubs aus anderen innerstädtischen Bereichen (Prenzlauer Berg, Mitte) sorgen für deren Konzentration in den wenigen noch verbliebenen Nischen, zu denen beispielsweise das RAW- Gelände zu zählen ist. Diese werden nicht nur zum Ziel von Feiernden aus Berlin und der ganzen Welt, sondern bilden zugleich ein attraktives Umfeld für Drogenhandel und weitere, als kriminell definierte Aktivitäten. Mit der zunehmenden Ansiedlung von Gastronomie, was im Fall der Simon-Dach-Straße politisch gewollt und aktiv gefördert wurde, verändert sich das Quartier maßgeblich. Die Herausforderungen für die Bewohner:innen der so entstehenden Szeneviertel sind zahlreich: Steigende Mieten, die Vermüllung und Übernutzung von Grünflächen, Lärmbelästigungen und neue Konfliktlinien mit Zugezogenen oder Gewerbetreibenden gehören zu den am häufigsten genannten Problemen. Neben der Verdrängung im Zuge steigender Mieten findet auch eine Entfremdung oder kulturelle Verdrängung (Beran/Nuissl 2019) aufgrund einer starken Wandlung des Wohnumfelds statt, die nicht zwingend in Wegzug, sondern auch in Meidungsverhalten resultiert.

Die Sicherheitsproduktion im Quartier ist integriert zu betrachten:

– Sie umfasst sowohl Kontrolle sowie Maßnahmen der Kriminal- und Gewaltprävention, als auch Prozesse der Quartiersentwicklung und Partizipation.

– Sie manifestiert sich auf der lokalen Ebene, wird aber in sehr hohem Maße auch beeinflusst von Entwicklungen auf der Bezirksebene und in der Gesamtstadt.

– Sie wird durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure gestaltet.

Nachfolgend sollen im Rahmen einer solchen integrierten Betrachtung der Sicherheitsproduktion einige der **zentralen Handlungsfelder** dargestellt werden:

In seiner Funktion als Party- und Kneipenviertel zieht das Quartier Menschen aus Berlin und der ganzen Welt an. Zahlreiche Problemstellungen stehen in einem Zusammenhang mit der Funktion des Quartiers als touristischer Hotspot, Party- und Kneipenviertel. Zusammengenommen führen die Auswirkungen des **Partytourismus** dazu, dass viele Bewohner:innen bestimmte Räume oder Begegnungen meiden und es kann in diesem Zusammenhang von einem Nutzungskonflikt gesprochen werden, der sich auch in Schlagworten wie „stadtverträglicher Tourismus“ und Projekten wie „fair. kiez“ ausdrückt. Insgesamt wird deutlich, dass der Partytourismus, die darauf ausgerichtete Gastronomie und deren Auswirkungen für viele Bewohner:innen eine Belastung darstellen. Restriktive Maßnahmen wie mehr Polizeipräsenz oder schärfere Auflagen und Kontrollen von Sondernutzungsrechten für Gaststätten werden dennoch nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung gewünscht. Viele Befragte haben sich bewusst für die Nachbarschaft entschieden und akzeptieren ein gewisses Maß an Lärm, Unordnung und Kriminalität als Teil des Alltags in einem urbanen Umfeld. Vielmehr sehen sie eine verantwortungsvolle Stadtplanung und **Stadtentwicklung** als notwendig an, welche einen Umgang mit den Auswirkungen des Partytourismus und der zunehmenden Gentrifizierung findet und die Lebensqualität für die Bewohner:innen nachhaltig erhält und verbessert.

Das dicht besiedelte Untersuchungsgebiet ist im Verhältnis zur Vielzahl der Nutzer:innen mit sehr wenigen **Grünflächen** ausgestattet. Der für das Quartier namensgebende und zentrale Platz, der Boxhagener Platz, wird von

Abbildung 6: Simon-Dach-Straße

verschiedensten Gruppen als Treffpunkt und Aufenthaltsort geschätzt. Verschmutzung, Uringeruch und Vandalismus werden dort allerdings teilweise als sehr unangenehm empfunden. Erhöhte Reinigungsfrequenzen wie am Annemirl-Bauer-Platz könnten zu einer Verbesserung der Situation beitragen, aber auch weitere Maßnahmen könnten entwickelt und erprobt werden, um mit dem Zustand des öffentlichen Raumes auch das Sicherheitsgefühl sowie die Lebens- und Aufenthaltsqualität der Nutzer:innen zu verbessern.

Weitere Konsequenzen der extremen Verdichtung im Quartier sowie der starken Ausrichtung auf den Tourismus sind im öffentlichen Raum und im Hinblick auf die Infrastruktur auszumachen. **Schwindende Freiräume** und ein hoher **Konsumdruck** führen dazu, dass Jugendliche aus dem Quartier verdrängt werden. Im Zuge zunehmender Touristifizierung und Gentrifizierung schwinden Befragten zufolge außerdem die Angebote und Hilfen im Quartier und es wird von einigen Befragten eine Zunahme von **Obdachlosigkeit** wahrgenommen. Auch in der aus Sicht der Bewohner:innen schwindenden Infrastruktur zur Unterstützung Obdachloser, psychisch kranker Menschen und anderer marginalisierter Gruppen zeigt sich, dass Fragen der sozialen Sicherheit im Quartier eine zentrale Rolle spielen. Auch und gerade marginalisierte Gruppen nutzen den Boxhagener Platz sowie die wenigen anderen öffentlichen Grünanlagen in der Nachbarschaft. Dies wirft auch Fragen nach der Sicherheit von Personen auf, die nicht einer weißen Mittelschicht angehören und die im Diskurs um Stadtplanung und Sicherheit weitgehend unsichtbar sind oder primär als Verursacher von Unsicherheit gesehen werden (Listerborn 2016). Kinsella (2012) plädiert für

Abbildung 7: Verkehrssituation

einen Perspektivwechsel, der diese Personen nicht nur als „feared subjects" begreift, sondern auch ihre Unsicherheiten thematisiert. Eine Auseinandersetzung mit Unsicherheiten und Präventionsmaßnahmen im Quartier sollte diese Perspektive berücksichtigen. Insbesondere sollte die Lösung von Nutzungskonflikten nicht in der Verdrängung bestimmter Gruppen münden, sondern der öffentliche Raum für verschiedenste Gruppen sicher, attraktiv und nutzbar gemacht werden.

Im Hinblick auf die **Verkehrssicherheit**, die insgesamt als mangelhaft eingeschätzt wird und aus Sicht vieler Befragter zu einem hohen Stresslevel führt, besteht insbesondere für die Sicherheit von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden sowie von älteren Personen und Kindern noch Handlungsbedarf. Unsicherheiten im Straßenverkehr werden einerseits durch die Verkehrsführung (Radwege auf Gehwegen, unübersichtliche Kreuzungen, mangelnde Barrierefreiheit) und andererseits durch Rücksichtslosigkeiten anderer Verkehrsteilnehmender hervorgerufen.

Im Kontext von steigenden Mieten und eines sehr angespannten Wohnungsmarktes wird deutlich, wie die Veränderungen der Nachbarschaft auf das vielschichtige Verhältnis zwischen (verschiedensten) Bewohner:innen, Nutzenden sowie den Akteurinnen und Akteuren der lokalen Ökonomie und des Wohnungsmarktes ausstrahlen. Ängste vor Verdrängung, dem Verlust der Wohnung oder notwendigen Einschränkungen des Lebensstandards durch die steigenden Mieten sowie dem mit zunehmender Gentrifizierung einhergehenden Verlust der sozialen Mischung stehen für viele der Befragten an erster Stelle, wenn sie zu Sicherheit im Quartier interviewt werden. Das Unsicherheitsempfinden der Bewohner:innen ist wenig durch Kriminalitätsfurcht gekennzeichnet, sondern ist vielschichtig und bettet sich in größere gesellschaftliche Problemdimensionen ein. Sehr viele der Befragten sehen in steigenden Mieten, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und starken Verdrängungstendenzen die soziale Sicherheit bestimmter Gruppen bedroht (z. B. alte Menschen, Geringverdiener). Viele sehen im Zuge einer sich wandelnden sozialen Zusammensetzung der Nachbarschaft auch die nachbarschaftliche Kohäsion bedroht. Während viele der (alteingesessenen) Bewohner:innen zivilgesellschaftlich engagiert und eng vernetzt sind, wird teilweise auch ein schwindendes Zugehörigkeitsgefühl und eine Abnahme intensiver nachbarschaftlicher Kontakte wahrgenommen. Es entstehen neue Konfliktlinien zwischen alteingesessenen Bewohner:innen und solchen, die neu zugezogen sind sowie eine Neuordnung von Treffpunkten und Interessensvertretungen, die über ungeschriebene Mechanismen bestimmte Personen ausgrenzen. Es fehlen genügend nicht-kommerzielle Versammlungsräume, um Bürgerbeteiligung zu unterstützen. Beteiligungsverfahren und -möglichkeiten seien zwar vorhanden, aber teilweise wenig bekannt oder würden von Wortführenden, häufig neu zugezogenen Personen, dominiert und instrumentalisiert. In Bezug auf Beteiligungsverfahren wurde von den Befragten auch fehlendes Vertrauen gegenüber der Politik im Hinblick auf die Verbindlichkeit, Konstanz und Nachhaltigkeit der umgesetzten Projekte geäußert.

Die individuelle Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe, die sozialen Beziehungen im Quartier und das Vertrauen in staatliche Institutionen werden dadurch beeinträchtigt. Strategien und Maßnahmen der Kontrolle müssen durch Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Quartieren, zur Stärkung des Vertrauens der Quartiersbewohner:innen untereinander sowie zur Stärkung des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen ergänzt werden. Neben po-

litisch (auf übergeordneten Ebenen) zu treffenden Maßnahmen wird die Bedeutung lokaler Akteurinnen und Akteure deutlich, die Unterstützung bieten – sei es in Form von Beratung, bezahlbaren Mieten in Hausprojekten oder durch zivilgesellschaftliches Engagement und Solidarität. Mehr Räume für Nachbarschaftlichkeit und Austausch unter den Anwohnenden sowie Rückkopplung von nachbarschaftlichem Engagement mit dem Verwaltungshandeln werden als Bedarfe genannt. Die Sicherheitsproduktion als Gemeinschaftsaufgabe kann hier in besonderem Maße als ein Zusammenspiel von partizipativer Stadtentwicklung, zivilgesellschaftlichem Engagement und verantwortungsvollem Verwaltungshandeln verdeutlicht werden.

4 Handlungsempfehlungen

Bevor abschließend allgemeine Gelingensbedinungen kooperativer Sicherheitsproduktion dargestellt werden, sollen einige zentrale Handlungsempfehlungen herausgearbeitet werden, die zu einer Stärkung der Präventionsarbeit im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und im Quartier Boxhagener Platz beitragen könnten.

– Die Sicherheitsanalyse zeigt: Sicherheitsproduktion ist mehr als **Kriminal- und Gewaltprävention.** Auch Maßnahmen zur **Verbesserung der Lebensbedingungen** in den Quartieren, zur **Stärkung des Vertrauens** der Quartiersbewohner:innen untereinander sowie zur Stärkung des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen sind als Teil der Sicherheitsproduktion zu begreifen.

– Es gilt das Bewusstsein für die **Bedeutung von Sicherheits- und Präventionsaspekten in der Stadt- und Quartiersentwicklung** zu stärken. Dabei geht es um die Gestaltung von lebenswerten und sicheren Quartieren für alle Nutzer:innen und um eine sozialräumlich ausgestaltete, vernetzte Präventionsarbeit. Dies bedeutet indes nicht, dass die unterschiedlichen Handlungsfelder nur mit Blick auf ihre Sicherheitsrelevanz ausgestaltet werden sollen (Stichwort: Versicherheitlichung).

– Mit der bezirklichen Koordinierung und Planung existiert im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg eine Organisationseinheit, welche die **ressortübergreifende Zusammenarbeit** fördert. Themen wie Prävention, Suchthilfe, Sozialraum, Beteiligung etc. werden dort bereits integriert betrachtet. In dieser Organisationseinheit werden sozialräumliches Wissen, aber auch wissenschaftliche Expertise zusammengebracht. Dies kann als eine wichtige Res-

source angesehen werden und sollte mit den entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bezirk zu stärken. So könnten die Ansätze der letzten Jahre, welche sich schwerpunktmäßig auf von Jugenddelinquenz geprägte Quartiere richteten, um weitere Studien und Modellprojekte ergänzt werden, welche andere räumliche und themenspezifische Schwerpunkte setzen.

– Diese könnten als Grundlage für **Präventionskonzepte** für besonders belastete Sozialräume dienen (z. B. Prävention im Ausgehviertel oder Prävention im Kontext benachteiligter und benachteiligender Quartiere).

– Durch die Einrichtung eines **bezirklichen Präventionsgremiums** als Lenkungsgremium für oben benannte Handlungsfelder könnte die Präventionsarbeit im Bezirk weiter gestärkt und gesteuert werden. Dieses Gremium könnte durch **themen- oder lokalspezifische Arbeitsgruppen** ergänzt werden, um der Vielfalt der Lebensrealitäten und Problemlagen im Bezirk Rechnung zu tragen. Dabei kann auf die Erfahrung von bereits erfolgreich agierenden **Präventionsrunden** (z. B. am Kottbusser Tor) zurückgegriffen werden.

– Für die Präventionsarbeit vor Ort ist die **vertikale Vernetzung** von großer Bedeutung, Diese kann durch **Schnittstellen** zwischen Bürger:innen, lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie der Verwaltung verbessert werden. Durch die frühzeitige Einbeziehung von sozialen Akteurinnen und Akteuren, der Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Planungsprozesse könnte deren sozialräumliches Wissen für die Entwicklung von Maßnahmen genutzt werden.

– Die **Lösung von Nutzungskonflikten**, die sich potentiell durch eine zunehmend diverse und verdichtete Stadtgesellschaft verstärken, ist als ein wichtiger Aspekt der Stadtentwicklung und auch der Präventionsarbeit mitzudenken. Hier gilt es unterschiedliche Interessen und Sicherheitsbedürfnisse zu berücksichtigen und ihnen im Rahmen von Partizipationsprozessen Rechnung zu tragen. Es ist erforderlich, ein Monitoring für Nutzungskonflikte zu schaffen sowie Strukturen für eine gemeinwesenbezogene Konfliktlösung (z. B. durch Gemeinwesenmediation oder Konfliktberatung) und diese mit den erforderlichen Mitteln auszustatten.

– Zu empfehlen ist die **Entwicklung eines Handlungskonzepts** für den öffentlichen Raum und den Umgang mit Nutzungskonflikten, in welchem Zielvorgaben und Maßnahmen entwickelt werden, welche im Rahmen von Umgestaltungs- und Planungsvorhaben Berücksichtigung finden.

– Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die **Zusammenarbeit zwischen Planung und Sozialer Arbeit**. Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit sollten in Umgestaltungsprozessen als beratende und begleitende Instanz mitwirken. Sie verfügen häufig über sozialräumliche Expertise und könnten die Teilhabe auch benachteiligter Gruppen sicherstellen. Neben ihrer Einbindung in Planungsprozesse ist auch der Ausbau von aufsuchender Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum sowie von speziell geschulten Parkläuferinnen und Parkläufern oder sozialen Platzmanagements von Bedeutung, um ein friedliches und sicheres Miteinander unterschiedlicher Nutzungsweisen zu fördern und dabei auch Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken.

– Neben Angeboten für **Kinder und Jugendliche** ist insbesondere auch deren Beteiligung im Rahmen von Umgestaltungsmaßnahmen und Planungen sicherzustellen. Das schließt auch die Schaffung und den Erhalt von Freiräumen mit ein.

– **Beteiligung** sollte früh beginnen und kontinuierlich den Planungs- und Umsetzungsprozess begleiten. Dabei sollte gerade auch in den „Zwischenphasen" der Kontakt zu den beteiligten Gruppen bestehen bleiben und die Rahmenbedingungen, Spielräume und Entscheidungsabläufe den Beteiligten klar vermittelt werden.

– Neben der Partizipation sollte auch die Durchführung wissenschaftlich fundierter **Situations- und Nutzungsanalysen** gefördert werden, um die Sicherheitsbedürfnisse und -wahrnehmungen vielfältiger Gruppen zu berücksichtigen.

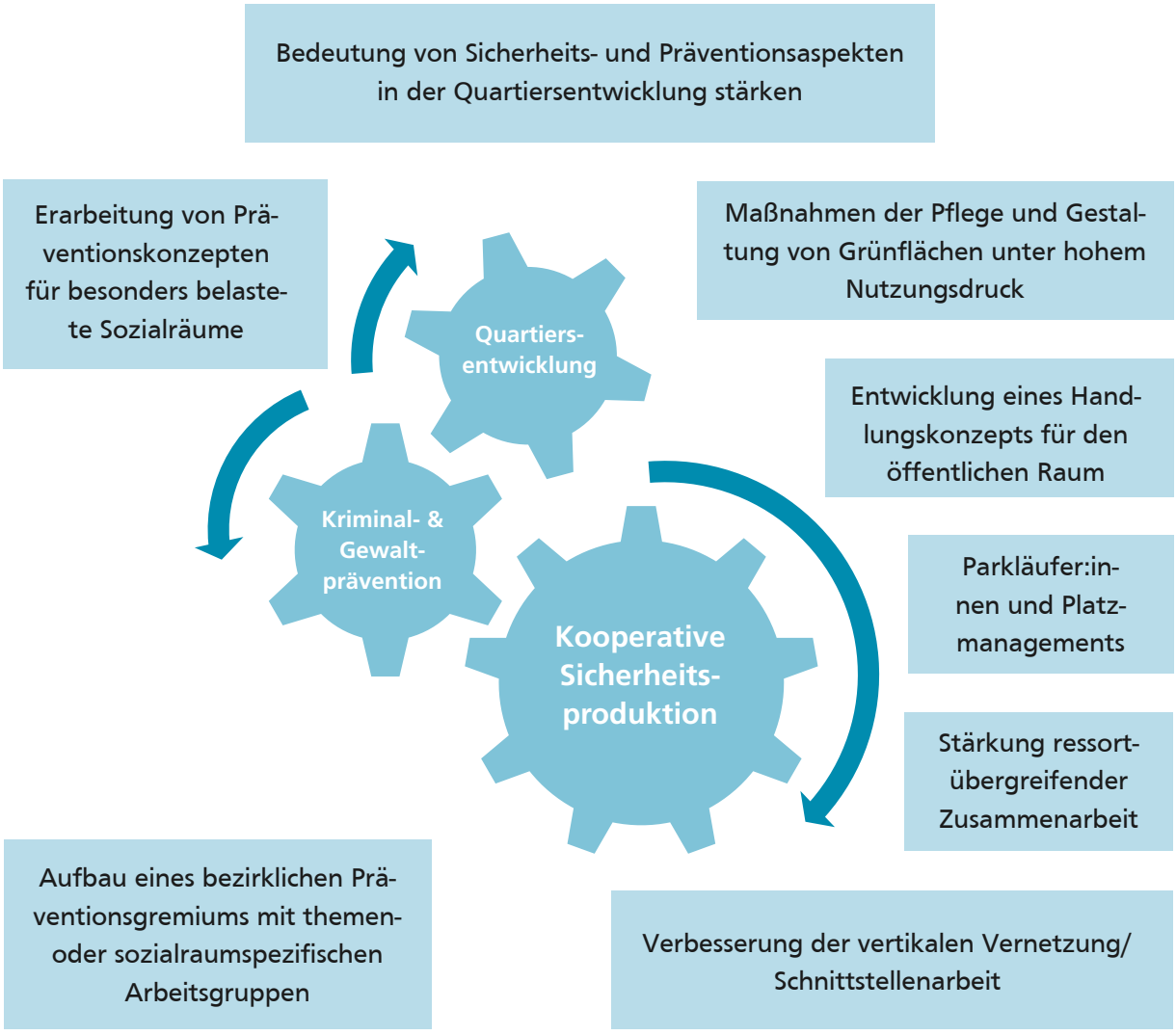

Abbildung 8: Strategien und Handlungsempfehlungen.
Quelle: SiQua

– Da Sicherheit eng mit nachbarschaftlicher Kohäsion, Vertrauen und sozialer Kontrolle verbunden ist, sollten **zivilgesellschaftliches Engagement** und **nachbarschaftlicher Zusammenhalt** unterstützt und gestärkt werden, z. B. im Rahmen von Nachbarschaftsfesten oder durch die Schaffung von Räumen (prozesshaft und physisch) für Bürgerbeteiligung oder durch die Gestaltung von öffentlichen Räumen, welche Nutzungsvielfalt und Begegnungen fördern.

5 Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion

Über die einzelnen Fallstudiengebiete hinausgehend, wurde im Projekt SiQua der Blick auf Gelingensbedingungen kooperativer Sicherheitsproduktion und übertragbare Sicherheitslösungen gelenkt. Dafür wurden verschiedene Sicherheitslösungen aus den insgesamt neun Fallstudiengebieten analysiert. Im Ergebnis wurden die dahinterliegenden Ansätze und Strategien herausgearbeitet, die sich für eine gelingende Sicherheitsproduktion als förderlich erwiesen haben. Eine tiefergehende Auseinandersetzung findet sich in einem Handbuch des SiQua-Projekts, welches ab Mitte des Jahres 2021 online verfügbar sein wird.

1. Situationsanalysen und Zielformulierungen

Im Vorfeld der Konzeptionierung einer Sicherheitslösung sind Bestandsaufnahmen unter Berücksichtigung möglichst vielfältiger Perspektiven sinnvoll. Dies bildet eine gute Basis für die Entwicklung angemessener Ziele und Strategien.

2. Konzeptionierung und Umsetzung passgenauer Formate

Die Vielfalt zielführender Formate deutet sich durch Beispiele an: Runde Tische, Stadtteilspaziergänge und Begehungen, die Einrichtung institutionalisierter Präventionsgremien, die Moderation von Nutzungskonflikten, Quartiersarbeit und die Stärkung lokaler Vernetzung, die Gestaltung der Kinder- und Jugendarbeit, die Durchführung von Beteiligungsprozessen im Rahmen von Bauvorhaben oder Umgestaltungsmaßnahmen sind

beispielhaft als Beiträge einer kooperativen Sicherheitsproduktion im Quartier anzusehen.

3. Kritische Auseinandersetzung

Eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit möglichen Sicherheitslösungen ist unabdingbar. Es muss sorgfältig unterschieden werden, wann Repression, Intervention und Kontrolle angemessen und sinnvoll sind, welche Wertevorstellungen und Implikationen den Sicherheitslösungen zugrunde liegen und welche (auch unerwünschten) Wirkungen sie haben. Häufig wird an die Polizei oder die Soziale Arbeit die Erwartung herangetragen, bestimmte Gruppen zu kontrollieren oder zu normkonformem Verhalten zu „erziehen". Aber nicht jede Form von abweichendem Verhalten stellt ein Sicherheitsproblem dar und teilweise werden unter dem Stichwort Sicherheit auch Nutzungskonflikte ausgehandelt, bei denen vor allem eine sensible Moderation gefragt ist, um die verschiedenen Erwartungen und Bedürfnisse zufriedenstellend in Einklang zu bringen.

4. Partizipation und Inklusion

Die Nutzer:innen der Quartiere haben ganz unterschiedliche, teils konfligierende Sicherheitsbedürfnisse. Partizipation und Inklusion sind als zentrale Bestandteile von Sicherheitslösungen zu sehen. Teilweise sind sog. Randgruppen aber schwer zu erreichen. Dafür bedarf es besonderer Konzepte, Methoden und Arbeitsprinzipien, wie sie in der Sozialen Arbeit ausdifferenziert vorliegen. Die Beteiligung ist sowohl bei der Situationsanalyse als auch der Planung und Umsetzung sinnvoll. Gelingt dies, erhöhen sich durch das persönliche Engagement der Nutzer:innen die Nachhaltigkeit und die Erfolgsaussichten von Sicherheitslösungen.

5. Vorhandene Netzwerke/ lokale Träger einbinden

Verfügt das Quartier über Netzwerke und Schlüsselpersonen, können diese ihr lokales Wissen in Sicherheitslösungen und Präventionsmaßnahmen einbringen oder beispielsweise als Seismografen vor Ort auf die Zuspitzung von Problemlagen aufmerksam machen.

6. Kooperationsformen

Charakteristisch für wirksame Sicherheitslösungen ist die Vielfalt der Kooperationsbeziehungen, die sich zur Umsetzung der Sicherheitsproduktion bündeln. Dabei lassen sich vertikale Kooperationsformen zwischen Initiativen oder Trägern vor Ort und höheren Verwaltungsebenen von solchen unterscheiden, die eher auf horizontaler Ebene gleichberechtigter, unabhängiger Partner:innen agieren. Voraussetzung ist die interdisziplinäre und ressortübergreifende Zusammenarbeit.

– Vertikale Kooperationsformen

Die vertikale Integration von Gremien und Kooperationen kann entscheidend zum Gelingen von Sicherheitslösungen beitragen. Beispielsweise, indem sich im Quartier angesiedelte Akteurinnen und Akteure oder lokal agierende Gremien und Initiativen mit der Verwaltung auf Bezirksebene oder der Gesamtstadt vernetzen. Die vertikale Integration erfordert Schnittstellen, die zwischen Bürger:innen und Bürgern sowie lokalen Handelnden einerseits und der Politik und Verwaltung andererseits agieren. Eine solche institutionalisierte Schnittstelle kann beispielsweise das Quartiersmanagement darstellen. Gelingende vertikale Integration bedeutet, dass die auf der lokalen Ebene ermittelten Probleme, Bedarfe oder Lösungsmöglichkeiten die zuständigen Stellen und Entscheidungs-

träger erreichen oder auch, dass Verwaltungshandeln transparent gemacht und in die Quartiere hinein kommuniziert wird.

– Interdisziplinäre, ressortübergreifende Kooperationsformen

Viele Herausforderungen der Sicherheitsproduktion erfordern eine interdisziplinäre und ressortübergreifende Kooperation. Oft sind unterschiedliche Ressorts (Bauen, Wohnen, Jugend und Soziales, Ordnungsamt und Polizei) sowie Akteurinnen und Akteure auf der Quartiersebene (Sozialarbeitende, Kontaktbereichsbeamte und -beamt:innen) an der Umsetzung von Sicherheitslösungen beteiligt. Diese verfügen jeweils über spezifisches Erfahrungswissen oder über relevante Entscheidungskompetenzen, die nutzbar gemacht werden können. Zugleich gilt es, die jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten auszuloten und zu berücksichtigen. Die Aktivierung der jeweiligen Kooperationspartner:innen erfolgt häufig anlassbezogen, phasenweise, problemspezifisch durch Betroffene bzw. zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, durch Politik und Verwaltung.

7. Passgenaue Gremienstrukturen

Je nach Problemlage kann die sinnvoll gewählte Anzahl und Zusammensetzung der Akteurinnen und Akteure (z. B. Praktiker:innen, Verwaltungsmitarbeiter:innen, Bürger:innen), die Auswahl des Formats (z. B. Lenkungsgruppe, Praktikerrunde, Runder Tisch) wichtige Weichen für den Erfolg der Sicherheitslösung stellen. Die Frequenz und Kontinuität der Gremien ist ebenfalls am jeweiligen Bedarf der Sicherheitslösung auszurichten. Denkbar sind ressortübergreifende Arbeitstreffen, die einmalig stattfinden und aus denen ein ganzes Bündel an Maßnahmen/ Aktivitäten durch verantwortlich Handelnde umgesetzt werden, parallele Strukturen mehrerer über- und untergeordneter Arbeitskreise, oder gleichgeordnete Arbeitskreise mit unterschiedlichen Aufgabenprofilen. In vielen Fällen erweist sich eine Vernetzung zwischen sozialräumlichen und stadtübergreifenden Gremien/ Akteurinnen und Akteuren als sehr sinnvoll.

8. Steuerung der Kooperationen/ Netzwerke verbessert die Qualität der Sicherheitslösung

Gelingende kooperative Sicherheitsproduktion erfordert eine gut durchdachte Steuerung, Koordination und Moderation der Kooperationen, Gremien und Netzwerke durch anerkannte Beauftragte. Als wichtige Aspekte der Steuerung haben sich insbesondere Unabhängigkeit und Allparteilichkeit, Moderationskompetenz, eine ausreichende Finanzierung, Anerkennung und Vertrauen erwiesen. Auch die Aufgabenprofile der jeweiligen Kooperationspartnerinnen und -partner und die Grenzen der Kooperation müssen Beachtung finden.

9. Qualifizierte Kommunikation als Gelingensfaktor für Sicherheitslösungen

Die Gestaltung der Kooperation erfolgt kommunikativ, mit Blick auf ähnliche und widersprüchliche Nutzungs- und Interessenkonflikte mediierend, wertschätzend, allparteilich. Je weniger die moderierenden und koordinierenden Personen in die Konflikte involviert sind, desto besser für die Sachebene der Problemlösung. Koordination und Moderation sollten ggf. getrennt erfolgen. Interessenkonflikte politischer Lager mit unterschiedlichen Lösungsstrategien stellen hohe Anforderungen an die Umsetzung sozial verträglicher Sicherheitslösungen. Ein professioneller Umgang mit der Politisierung und Polarisierung von Konflikten ist wünschenswert. Demotivierend ist es, wenn

Gremien als ineffizient wahrgenommen werden. Wünschenswert wäre eine Kontinuität in der Beteiligung von Schlüsselpersonen und Kooperationspartnerinnen und -partnern. Persönliches Kennenlernen möglicher Ansprechpartner:innen kann Vertrauen erhöhen, bildet die Basis für kurze Wege, fördert flexible, schnelle Lösungen. Transparenz ist dabei unabdingbar: Es sind Erwartungen, Interessenkonflikte der beteiligten Parteien offen zu legen, Machtstrukturen, Rollen- und Aufgabenprofile bzw. -kompetenzen der (professionellen) Akteurinnen und Akteure zu klären. Sicherheitslösungen können sich ins Gegenteil verkehren, wenn sie z. B. mit Vertrauensverlust der Klientinnen und Klienten in die Sozialarbeitenden einhergehen. Die Kooperation zwischen Sozialer Arbeit und Polizei erfordert deshalb eine Klärung der jeweiligen Grundsätze, Aufträge und Arbeitsprinzipien beider Professionen.

10. Motivation der Verantwortlichen aus Verwaltung/ Politik verbessert Sicherheitslösungen

Die Umsetzung von Maßnahmen macht es häufig erforderlich, Verantwortliche aus der Politik und Verwaltung für die Maßnahme zu gewinnen oder für Problemlagen vor Ort zu sensibilisieren. Die Motivation wichtiger Stakeholder kann beispielsweise gefördert werden durch Einladungen zu Vor-Ort-Begehungen, durch persönliche Konfrontation mit den Problemen der Bewohner:innen oder die Erstellung von Situationsanalysen. Die Unterstützung durch Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung erhöht die Erfolgsaussichten von Sicherheitslösungen; sie kann unter Umständen auch das Vertrauen in demokratische Politikprozesse und Verwaltungshandeln stärken.

11. Strategische Abstimmung von Prävention und Intervention kann Sicherheitslösungen befördern

Maßnahmen der Prävention und Intervention, die innerhalb von Behörden wie Polizei, Jugend- oder Gesundheitsamt recht unterschiedliche Bedeutungen haben, sind zunächst intern zu klären und abzustimmen. Aber auch eine strategische Abstimmung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure ist angezeigt, da Intervention und Prävention selten institutionsintern zu leisten sind, sondern Handlungsketten unter Beteiligung mehrerer Beteiligter erfordern. Eine gelingende strategische Abstimmung erlaubt es, komplexe und multidimensionale Problemlagen gemeinsam zu bearbeiten. Besonders sinnvoll ist eine Abstimmung des Handelns dann, wenn rein repressive Maßnahmen lediglich zu einer Verdrängung des Phänomens in andere Quartiere führen (z. B. Obdachlosigkeit, Drogenhandel) oder wenn repressive Maßnahmen allein keine nachhaltige Lösungsstrategie darstellen (z. B. Jugenddelinquenz). Ein klassisches Beispiel ist die Abstimmung von Sozialer Arbeit und Polizei. Lange Zeit gab es hier eine starke Abschottung und gegenseitiges Misstrauen, mittlerweile haben sich vielerorts Strukturen der Zusammenarbeit etabliert. Gelingende strategische Abstimmung setzt aber Kenntnisse über die jeweiligen Zuständigkeiten und Handlungsprinzipien der Partner:innen sowie eine Beachtung der Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit voraus.

12. Ausrichtung an stetigen Transformationsprozessen befördert Sicherheitslösungen

Maßnahmen müssen kontinuierlich in ihrer Wirkung überprüft und ggf. nachjustiert werden, da Sicherheitslösungen sich entlang von Stadtentwicklungs- und Transformationsprozessen

ändern. Kooperationsstrukturen sollten entsprechend der Entwicklungen/Bedarfen flexibel konfiguriert werden.

13. Sicherheit erfordert ausreichende finanzielle Förderung

Der Mitteleinsatz zur Umsetzung überschaubarer Einzelaktivitäten oder kontinuierlicher Sicherheitsaktivitäten (z. B. Freistellung/Einsatz behördlicher Koordinatorinnen und Koordinatoren, Einrichtung einer Geschäftsstelle, Sach-/Personalmittel für externe Beauftragte) erweist sich als nachhaltige Investition. Der autonome und flexible Einsatz finanzieller Budgets je nach Problemlage qualifiziert die Sicherheitslösung und ermöglicht Partizipation. Kontinuität von Zuständigkeiten und zentralen Ansprechpersonen wird möglich. Regelmäßige Überprüfung der Wirkung des Mitteleinsatzes befördert den flexiblen Umgang mit den sich verändernden Entwicklungen im Quartier. Das Auslaufen von Programmen/Finanzierungen führt zu Brüchen bei der Bearbeitung von Sicherheitslösungen. Eine wichtige Ressource ist deshalb Wissen über Mittelbeantragung, -beschaffung und -verwaltung.

6 Literaturangaben

Becker, Franziska (2019): Gewalt und Gewaltprävention in einem Ausgehviertel. RAW-Gelände/ Warschauer Brücke im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Berlin (Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 67, Heft 2, zweite überarbeitete Auflage).

Beran, Fabian; Nuissl, Henning (2018): Verdrängung auf angespannten Wohnungsmärkten. Das Beispiel Berlin. Stiftung Wüstenrot (Hrsg), Ludwigsburg.

Bornewasser, Manfred; Köhn, Anne (2012): Subjektives Sicherheitsempfinden. Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt, Working Paper Nr. 9.

Kelling, George L.; Wilson, James Q. (1982): Broken Windows. The police and Neighborhood Safety. The Atlantic.

Kinsella, Clare (2012): Re-locating Fear on the Streets: Homelessness, Victimisation and Fear of Crime, European Journal of Homelessness, Nr. 6, Heft 2, S. 121 – 136.

Listerborn, Carina (2016): Feminist struggle over urban safety and the politics of space. In: European Journal of Women's Studies, Nr. 23, Heft 2, S. 251 – 264.

Reuband, Karl-Heinz (1998): Kriminalität in den Medien: Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. In: Soziale Probleme Nr. 9, Heft 2, S. 125 – 153.

Ullrich, Peter; Tullney Marco (2012): Die Konstruktion ‚gefährlicher Orte'. In: sozialraum.de (4) Ausgabe 2/2012. URL: https://www.sozialraum.de/die-konstruktion-gefaehrlicher-orte.php, Datum des Zugriffs: 15.03.2021.

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung
Frankfurter Allee 35 – 37 (Aufgang C)
10247 Berlin

Projekt SiQua
www.stiftung-spi.de/projekte/siqua
und
www.si-qua.de

Mai 2021